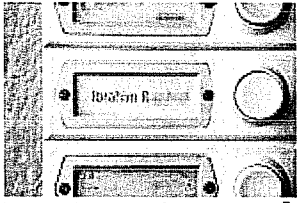


URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/politik/aktuell/?em\\_cnt=1216592](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1216592)

## Innere Sicherheit

# Erster Cyber-Terrorist angeklagt

VON JÖRG SCHINDLER



Terroristen nebenan?  
(dpa)

Celle. Am Mittwoch war kein Markt in der Stadt. Die Straße, auf der sich normalerweise die Bürger von Celle zwischen den Buden drängen, war weiträumig abgesperrt. Uniformierte patrouillierten durch die Innenstadt. Am Mittwoch ist die Idylle des Städtchens gestört. Am Mittwoch ist der Terror nach Celle gekommen. Er trägt den Namen Ibrahim R.

Er ist ein kleiner Mann mit mächtigem Bart, der die Hälfte seines jugendhaften Gesichts verdeckt. Er spricht nicht, und wenn andere reden, dann wippt er minutenlang kaum merklich mit dem Oberkörper. Ganz so als würde er beten. Ibrahim R. ist vor elf Jahren nach Deutschland gekommen, einen Gerichtssaal kannte er bislang noch nicht. Seit Mittwoch ist das anders. Das Oberlandesgericht Celle muss sich ein Urteil bilden über Deutschlands ersten virtuellen Terroristen.

Vor einem Jahr, am 10. Oktober 2006, feierte die Bundesanwaltschaft sich selbst. Im niedersächsischen Georgsmarienhütte, so die Behörde, sei ein Gewährsmann des Bösen ins Netz gegangen. Mit dem 37-Jährigen R. habe man zwar keinen Bombenleger geschnappt, aber einen Islamisten, der einen "maßgeblichen virtuellen Beitrag" zu El Kaidas Terror geleistet habe. Den irakischen Kurden nannte man schlicht "Cyber-Dschihadist". Das war neu.

Auch die Anklage, die vor dem 1. Strafsenat in Celle verlesen wurde, hat es so noch nicht gegeben. Demnach warb Ibrahim R. zwischen Oktober 2005 und Oktober 2006 in einem Internet-Chatroom Nachwuchskräfte für den Heiligen Krieg. In mindestens 28 Fällen soll er menschenverachtende Audio- und Videobotschaften unter anderem von Osama bin Laden, dessen Vize Ayman Al-Sawahiri und des inzwischen getöteten Abu Musab Al-Sarkawi ins Netz gestellt haben. Die "Werbung", so Staatsanwalt Peter Ernst, die Ibrahim R. betrieben habe, habe vorrangig dem Ziel gedient, "Mitglieder und Unterstützer für den Dschihad zu rekrutieren".

Weil das in den Augen der Strafverfolger so ist, wurde Ibrahim R. nicht wegen der Billigung von Straftaten oder wegen Gewaltverherrlichung angeklagt, sondern im Rahmen des Paragraphen 129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung). Der erlaubt es, auch Werbung von Terror-Rekruten zu bestrafen. Pech für Ibrahim R.: Der vierfache Vater sitzt seit einem Jahr in U-Haft, obwohl er laut seinem Anwalt Klaus Rütther "kein Terrorist, sondern ein armer Tropf" ist.

Rüthers Schilderung der Ereignisse weicht vom Vorwurf der Bundesanwälte ab. Demnach befand sich der aus dem nordirakischen Kirkuk stammende R. bereits seit Jahren im Visier der Fahnder.

Noch in Regensburg lebend soll der Mann einst Kontakt zu mutmaßlichen Islamisten gehabt haben. Im Februar 2005, R. war samt Familie nach Niedersachsen gezogen, durchsuchten Fahnder seine Wohnung. Und dort, sagt Rütther, sei ganz ähnliches Computer-Material wie das später beschlagnahmte gefunden worden. Verhaftet aber wurde R. nicht. Der Zugriff sei aber erst zu einer Zeit erfolgt, als Niedersachsens Innenministerium verzweifelt um mehr Geld für die Terrorfahndung geworben habe. "Ein Schelm", so Rütther, "wer Böses dabei denkt."

Auch die Vorwürfe gegen seinen Mandanten hält der Anwalt für abenteuerlich. R. habe "im realen Leben" nie jemand angeworben, er gehöre keiner Terrorgruppe an. Nicht mal einen Aufruf zum Terror - ob virtuell oder reell - habe man ihm nachweisen können. Das Einzige, das ihm die Bundesanwaltschaft vorwerfe, sei sein "Verhalten im Second Life", weil das eine Gefährdung "im realen Leben darstellen könnte". Niemand wisse, ob jemand durch den Besuch im Chatroom zu irgendetwas angestachelt worden sei. Würde man Ibrahim R. deswegen verurteilen, so Rütther, "dann gehen wir vom Handlungsstrafrecht

zum Gesinnungsstrafrecht über". Mit unabsehbaren Folgen.

So einfach, konterte Staatsanwalt Ernst, könne man es sich nicht machen. Zwar gelte in Deutschland die Meinungsfreiheit, aber auch die habe ihre Grenzen. R. habe mit den Reden, die er ins Netz stellte, Terror "verherrlicht". Er habe gewusst, dass er Verbotenes tue. Im Fall des Irakers sei "das Second Life längst zum realen Leben geworden". Folgt das Gericht dieser Ansicht, dann wird Ibrahim R. so schnell nicht mehr frei kommen.

Das Urteil ist offen. Klar ist, dass R. wohl nicht der einzige angeklagte Cyber-Terrorist bleiben wird. Die Innenministerkonferenz hat bereits eine weitere Verschärfung des Paragraphen 129a verlangt. Dann wäre künftig nicht nur die Werbung von Unterstützern, sondern bloße Sympathiewerbung für Terroristen strafbar. Das gab es schon einmal: 1976 war das - kurz vor dem Höhepunkt des RAF-Terrors.

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2007

Dokument erstellt am 26.09.2007 um 17:08:02 Uhr

Letzte Änderung am 26.09.2007 um 18:57:52 Uhr

Erscheinungsdatum 27.09.2007